Neue militärische Eskalation in Libyen!

Unser Autor Jonathan Frühling erklärt, was genau in Libyen los ist und warum niemand darüber spricht.

Während hierzulande Corona die Nachrichtenwelt dominiert,
gehen die kriegerischen Konflikte zwischen Imperialist_Innen und Regionalmächte
unvermindert weiter. Dabei ist ein alter Konfliktherd mit besonderer Heftigkeit
wieder ausgebrochen: Libyen.

Libyen ist ein weitläufiger nordafrikanischer Wüstenstaat
mit einer Bevölkerung von knapp 7 Millionen Menschen. Das BIP beträgt ca. 30
Mrd. US-Dollar, was ungefähr der wirtschaftlichen Stärke Syriens entspricht, wobei die Wirtschaft vor allem auf der Förderung von Öl basiert.

2011 wurde der langjährige Diktator al-Gaddafi durch einen
Bürgerkrieg gestürzt. Damals zerfiel die Armee und es bildeten sich lokale Milizen, die von der NATO aus der Luft unterstützt wurden. Recht bald nach dem
Krieg ist diese Allianz gegen al-Gaddafi jedoch zerfallen und hat zu einem bis heute andauernden Bürger_Innenkrieg geführt.

Politische Ausgangslage

Das Land ist momentan gespalten in einen Ost- und einen
Westteil. Der Westen wird geführt von der Übergangsregierung GNA (Government of
National Accord) unter dem Ministerpräsidenten as-Sarradsch, indem er die ehemalige
Hauptstadt Tripolis und die umliegenden dicht besiedelten Gebieten kontrolliert.

Diese Regierung wird auch von der UN als die legitime Regierung anerkannt und
vom Westen unterstützt. Im Osten herrscht der General Haftar und seine Libyan
National Army (LNA), die auch einen Großteil der Ölquellen unter ihrer Kontrolle haben. Er stützt sich auf eine Reihe von im Nord-Osten des Landes ansässiger Stämme, die hoffen, bzw. hofften, nach seinem Sieg eine bevorzugte
Stellung im neuen Staat zu erhalten.

Neuste Entwicklungen

Vor gut einem Jahr begann das Militärbündnis von Haftar mit
einer großangelegten Offensive, die zu der Eroberung der Hauptstadt Tripolis
führen sollte. Politische Verhandlungen hatte Haftar zuvor abgebrochen. Bei der
Offensive wurden einige Erfolge erzielt und bis in die Vorstädte der Hauptstadt
Tripolis eingedrungen. Dann allerdings stoppte die Offensive, denn die GNA bekam militärische Unterstützung vor allem durch die Türkei. Diese sendete unzählige Schiffe mit schwerem militärischen Gerät, vor allem gepanzerte Fahrzeuge, sowie der Türkei treuen Islamisten aus Syrien, was wohl ausschlaggebend für die Wende im Krieg war.

Dadurch konnten die Truppen der GNA selbst offensiv werden
und Städte im Westen des Landes und südlich von Tripolis zurückerobern. Die
Rückeroberung eines großen Militärflughafens war dabei der jüngste Erfolg. Dies
hat zudem dazu geführt, dass die Türkei nun eine festere militärische Präsenz
als bisher aufbauen kann. Zudem kann die Türkei die GNA Truppen jetzt komfortabel aus der Luft unterstützen und damit die fast vollständige Lufthoheit
Haftars Truppen brechen.

Die Militärallianz der Regierung Haftars droht aufgrund dieser Rückschläge zu zerbrechen, da es nämlich in Libyen auf keiner Seite eine zentral strukturierte Armee gibt. Vielmehr gibt es lokale Milizen, die vor allem ihre eigene Macht im Auge haben und deshalb leicht die Seiten wechseln können.
In den von der GNA eroberten westlichen Städten haben die lokalen Milizen, vorher noch auf Haftars Seite, bereits der GNA die Treue geschworen.

Doch nicht nur die lokale Unterstützung Haftars bröckelt.
Russland, welches bislang Haftar unterstützte, hat seine Militärberater_Innen und militärisches Gerät, wie z.B. Flugabwehrraketen aus der Frontnähe in den Osten des Landes abgezogen. Russland scheint also zumindest die Hoffnung auf eine baldige Offensive zur Rückeroberung der verlorenen Gebiete zu bezweifeln.
Auch von Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emiraten hört man bisher zur Unterstützung der LNA wenig. Dabei hatte Ägypten bei einer Ausweitung des Krieges durch die Türkei vor einigen Monaten noch mit dem Einsatz von Bodentruppen gedroht.

Hunderte Menschen haben in dem letzten Jahr der Kämpfe den Tod gefunden. 200.000 wurden gezwungen, ihre Häuser zu verlassen.

Die Lage von Flüchtenden

Das subsaharische Afrika ist von völliger Verarmung, Rechtlosigkeit und Kriegen geprägt. Deshalb fliehen viele Menschen, um Arbeit in Europa zu finden. Lange Zeit diente der Diktator al-Gaddafi der EU als gutbezahlter Türsteher der Festung Europa. Nach dem Sturz Gaddafis nutzen nun

viele Flüchtende das entstandene Chaos, um in Libyen zu versuchen, illegal nach
Europa überzusetzen. Dabei müssen sie sich in die Hände von skrupellosen Schleppern begeben. Oftmals werden sie vergewaltigt und/oder geraten in die Hände
von Menschenhändlern, die sie versklaven. In Libyen wartet eine Regierung auf
sie, die sich von der EU bezahlen lässt, mit militärischer Gewalt das Übersetzen von Flüchtlingen zu verhindern. Viele Boote werden sogar noch außerhalb der libyschen Gewässer zur Rückkehr gezwungen. Menschen auf der
Flucht werden gefangen genommen und interniert. Dort warten jahrelange Inhaftierung unter erbärmlichen Bedingungen auf sie. Zudem sind Folter und Missbrauch an der Tagesordnung, sodass nicht wenige durch Selbstmord diesem
Schrecken entfliehen.

Forderungen

Klar ist für uns als Kommunist_Innen, dass das Land in ein
solches Chaos abgedriftet ist, weil die Revolution zwar das diktatorische Regime von Gaddafi gestürzt hat, die Eigentumsfrage aber unangetastet ließ. Wie
viele Revolutionen im sogenannten „Arabischen Frühling“ hatten auch die Bewegungen in Libyen große Potentiale, eine neue Gesellschaft aufzubauen. Ihr
trauriges Schicksal erinnert an die ägyptischen oder syrischen Aufstände, in denen ebenfalls die Arbeiter_innenklasse nicht die programmatische Führung über
die Widerstandsbewegungen übernahm und somit den Weg für neue machthungrige
Cliquen frei machte statt ihr objektives Interesse an allgemeiner Emanzipation
zu verfolgen. Ähnliche Fragen stellen sich heute auch für die aufständischen Bewegungen im Libanon oder im Irak.

Keine der in Libyen momentan befehlenden Milizen oder Milizverbände hat ein Interesse daran, Verbesserungen für die lokale Bevölkerung einzuführen. Letztlich geht es nur darum, welche kapitalistischen Cliquen und hinter ihnen stehenden Mächte die Kontrolle über das Land, bzw. die Ölreserven des Landes, bekommen.

Wir als Vertreter_Innen der Arbeiter_Innenklasse vertreten eine ganz andere Position: Wir treten für eine Bewegung der Arbeiter_Innen und Bäuer_Innen ein, die Schluss macht mit Fremdherrschaft und Ausbeutung.

Um das zu erreichen, müssen wir für folgenden grundlegenden Forderungen kämpfen:

- Für Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Organisationsfreiheit
- Regionalmächte und Imperialisten raus aus Libyen. Keine Kriegsunterstützung für bürgerliche Milizen!
- Entwaffnet und zerschlagt die Milizen, die das Land seit 2011 ins Chaos getrieben haben!
- Für eine Enteignung des Großgrundbesitzes. Das Land muss denen gehören, die es bestellen!
- Für eine Vergesellschaftung der Industrie. Die Wirtschaft soll nach einem Plan der Produzent_Innen und Konsument_Innen reorganisiert werden!
- Keine Folter und Internierung von Geflüchteten. Jeder Mensch, der Libyen nach Europa verlassen will, soll dies ohne Einschränkung tun können!
- Für den Aufbau einer revolutionären Partei unter deren Banner die Unterdrückten sich

sammeln,
bewaffnen und kämpfen können!
- Für ein sozialistische
Föderation der Staaten Nordafrikas!

Die Rote Armee – Befreiungsarmee gegen den Faschismus

Wilhelm Schulz

Am 9. Mai jährt sich zum 75. Mal der Sieg der Sowjetunion über den deutschen Faschismus. Die Rote Armee stellte hierbei eine besondere, gar die bedeutendste Kraft in der Befreiung vom Faschismus dar. Sie kämpfte an der sogenannten Ostfront fast vier Jahre lang. Hier wurden der Wehrmacht die stärksten Verluste zugefügt, die Sowjetunion hatte mit rund 25 Millionen Toten die größten Opferzahlen des Krieges zu beklagen, ein Großteil waren zivile Verluste.

Heute werden die
Leistungen der Roten Armee zumeist gegenüber denen der Westalliierten heruntergespielt oder „vergessen“, deswegen werden wir hier auf diese Leistungen eingehen und damit verbunden die Sowjetunion als eine außerordentliche Kriegspartei beleuchten.

Die Rote Armee

Sie wurde am 28.
Januar 1918 gegründet, um die Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen die die kapitalistische Weiße Armee zu verteidigen. In der

Eidesformel verpflichtete sie sich der internationalen sozialistischen Revolution. Die Rote Armee war keine bürgerliche Armee. Die innere Hierarchie wurde auf das Nötigste begrenzt, z.B. gab es keine Unterschiede in den Uniformen. Die Rotarmist_Innen konnten ihre Vertreter_Innen wählen und es gab demokratische Kongresse, dies wurde jedoch bereits Anfang der Zwanziger aufgrund des schweren Krieges gegen die Weiße Armee ausgesetzt. Bis 1925 war Leo Trotzki der Volkskommissar für Kriegswesen. Zu Zeiten des Bürger_Innenkriegs gab es auch weibliche Kommissarinnen, ein bekanntes Beispiel ist Larissa Reissner.

Doch mit dem Sieg der Konterrevolution durch Stalins Bürokratie in der Kommunistischen Internationalen (KomIntern) und der Sowjetunion (SU), wurden diese Errungenschaften angegriffen. Die Rangzeichen wurden wieder eingeführt. Die Eidesformel wurde so verändert, dass fortan auf das Vaterland statt auf die internationale Befreiung der Arbeiter_Innen geschworen wurde. Im Rahmen von Stalins Säuberungen (u.a. Moskauer Prozesse) wurden knapp ein Viertel der Offiziere bis zur untersten Ebene abgesetzt oder ermordet, was für die Rote Armee eine deutliche Schwächung im Kampf gegen den Faschismus bedeutete.

Die Sowjetunion im zweiten Weltkrieg

In der Zeit von 1928 bis ’33 lehnte die bürokratisierte KomIntern jede Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie ab und verleumdete die SPD als „Zwillingsgesicht des Faschismus“. Die Folge war eine Isolation der Kommunist_Innen und der Sieg Hitlers über die deutsche Arbeiter_Innenbewegung.

Anstatt daraus eine korrekte Einheitsfrontpolitik als Lehre zu ziehen, arbeite die KomIntern nach 1933 nicht nur mit der Sozialdemokratie zusammen, sondern auch mit angeblich progressiven Teilen der Bourgeoisie – ohne offenen politischen Kampf zu führen. Auch das führte zu Niederlagen wie z.B.

in Spanien 1939 gegen den Franco-Faschismus.

Am 24. August 1939 unterzeichnete die SU den Ribbentrop-Molotow-Nichtangriffspakt, auch bekannt als Hitler-Stalin-Pakt. Dieser verschaffte der SU zwar Zeit bis zu ihrem wirklichen Kriegseintritt, jedoch auf Kosten der Niederschlagung weiter Teile Osteuropas, darunter die Aufteilung Polens zwischen der SU und Nazi-Deutschland. Das NS-Regime überfiel am 22. Juni 1941 die SU und beendete somit den Pakt. Zwei Tage später propagierte die Prawda (sowjetische Tageszeitung) den „heiligen Krieg“ – später: „Großer vaterländischer Krieg“ – gegen das „faschistische Böse“. Die Losung der sozialistischen Revolution gegen den Faschismus wurde nicht aufgeworfen. Hingegen wurde in der faschistischen Propaganda der Krieg in Osteuropa als „Rassenkrieg“ dargestellt.

Bis zum Sieg der Roten Armee in Stalingrad im Februar 1943 befand sich die SU weitgehend in der Defensive, sodass die Wehrmacht kurz vor Moskau stand. Mit dem heldenhaften Sieg in Stalingrad wendete sich das Blatt und die Wehrmacht konnte über die kommenden Jahre bis nach Berlin zurückgedrängt werden. Hier ist auch die Bedeutung der Partisan_InnenkämpferInnen hervorzuheben, die in den vom deutschen Faschismus besetzten Gebieten im Widerstand standen und dabei oftmals ganze Divisionen banden.

Die gigantischen Potentiale der Planwirtschaft, selbst in ihrer bürokratischen Abart, zeigte die kurzfristige Reorganisation der Produktion beim Ausbruch des zweiten Weltkriegs. Nicht nur die Produktion wurde schnell auf Kriegsmaschinerie umgerüstet, sondern auch 1.300 Betriebe innerhalb weniger Jahre weg von der drohenden Front in den Osten des Landes verlagert.

Am

8. Mai 1945 kapitulierte die Wehrmacht bedingungslos gegenüber den Westmächten und dann am 9. Mai gegenüber der Sowjetunion. Der imperialistische Vernichtungskrieg kostete 60 Millionen Menschen das Leben. In seinem Schatten fand die verbrecherische industrielle Massenvernichtung politischer Gegner_Innen und vor allem von Jüd_Innen in der Shoa statt.

KASTEN: Die Rote Armee und die Frauen

Etwa 800.000 Frauen kämpften in der Roten Armee, ob im Heer, in der Luft, zur See oder im Innendienst. Ab 1941 begann die Anwerbung von Frauen, die bis dato die „traditionellen Männerberufe“ an der „Heimatfront“ übernehmen sollten, zuerst nur in Zuarbeit als Funkerinnen oder Sanitäterinnen, wurde ab ’42 die Ausbildung ausgeweitet. Die Möglichkeit für Frauen für einen, wenn auch degenerierten, Arbeiter_Innenstaat zu kämpfen, ist eine Errungenschaft, die keine andere Armee in dieser Form freiwillig einführte. Es gab aber auch negative Seiten. So mussten sich Frauen vor allem gegenüber den männlichen Rotarmisten und deren Vorurteilen durchsetzen. Viele gingen aus Angst vor Vergewaltigungen und Übergriffen ‚Liebesbeziehungen‘ ein. So stellte die Menstruation als auch ihr Ausbleiben im Gefecht eine hohe Gefahr für die Soldatinnen dar. Nach dem Krieg hielten viele ihre Vergangenheit geheim, um weiterhin als heiratsfähig, somit weiblich, zu gelten. Ausführlicher hierzu, aber auch zu Heldinnentaten, können wir „Der Krieg hat kein weibliches Gesicht“ von Swetlana Alexijewitsch empfehlen.

Die Rote Armee gegenüber zivilen Frauen

Es wird geschätzt, dass zwei Millionen Frauen und Mädchen im Zuge der Felderoberungen der Roten Armee Vergewaltigungen zum Opfer gefallen sind. Dies ist ein abscheuliches Verbrechen und zeigt die Verrohung der Roten Armee im Krieg, doch im Nachhinein wurde dies oft als antikommunistisches Argument benutzt, indem es verzehrt dargestellt wird, denn die Gewalttaten der Faschisten und des gesamten imperialistischen Krieges waren unbeschreiblich und haben erst zu dieser Verrohung beigetragen.

Der Umgang unter den Rotarmisten mit Frauen ist ein Beispiel für den Bruch mit der alten Eidesformel des Rates der Volkskommissare, hier hieß es u. a. „Ich verpflichte mich, mich selbst und die Genossen von Handlungen abzuhalten, die die Würde eines Bürgers der Sowjetrepublik herabsetzen, und mein ganzes Tun und Denken auf das große Ziel der Befreiung aller Arbeitenden zu richten.“

Rote Armee eine besondere Kraft

Die
Sowjetunion war keine Kriegspartei wie die anderen kapitalistischen Staaten. Die Politik der anderen Alliierten bestätigt das: Neben dem Sieg über den Faschismus (der in erster Linie eine wild gewordene imperialistische Konkurrenz darstellte) war auch die Schwächung der Sowjetunion ihr Ziel. Die SU war zu dieser Zeit ein sogenannter degenerierter Arbeiter_Innenstaat: Die Fabriken und Ländereien waren zwar verstaatlicht und die Bourgeoisie entmachtet, jedoch lag die Kontrolle über die Produktionsmittel nicht in den demokratischen Händen der Arbeiter_Innen, sondern in denen einer Bürokratie. Diese verfolgte ihre eigenen privilegierten Interessen und wurde so zu einem Hindernis in der internationalen Revolution. Vielmehr ging es der Bürokratie um einen Kompromiss mit dem Imperialismus – der Hitler-Stalin-Pakt, aber auch die Zusammenarbeit mit den Alliierten zeigen das. Dies bedeutete einen Verrat an der Losung Lenins der *„Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg [, als] […] die einzig richtige proletarische Losung.“*
Wir kritisieren dabei nicht die taktisch-militärischen Absprachen, sondern die politische Dimension dieses Paktes. Letztlich schloss die Bürokratie ihren Frieden mit dem Kapitalismus auf Weltebene.

Im
Februar 1946 wurde die Rote Armee in Sowjetarmee umbenannt, was den falschen Frieden der Sowjetunion mit dem kapitalistischen Ausland unterstreicht. Leo Trotzki analysierte in seinem Werk „Die verratene Revolution“ von 1936 die Sowjetunion als einen degenerierten Arbeiter_Innenstaat, in der die Bürokratie der Arbeiter_Innenklasse die politische Macht entrissen hat. Die SU verharrte in einem Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus und in nationaler Isolation. Dieser Zustand musste entweder zum Sturz der Bürokratie durch eine politische Revolution mit Wiedereinführung einer Arbeiter_Innendemokratie und zur Internationalisierung der Revolution führen oder zur

konterrevolutionären Restauration des Kapitalismus – die 1989 eintrat.

Trotzdem
war die Sowjetunion mit dem vergesellschafteten Eigentum eine historische Errungenschaft, die es auch für Internationalist_Innen und Gegner_Innen Stalins zu verteidigen galt. Deshalb war auch der Kriegseintritt berechtigt und notwendig. Er führte zur Zerschlagung des Faschismus als Rammbock gegen die Arbeiter_Innenbewegung, beendete den Völkermord und erhielt zeitweilig die Errungenschaften der Oktoberrevolution. Deshalb sagen wir, damals, wie heute: Dank euch ihr Sowjetsoldat_Innen!

Corona ist nicht die Heilung der Natur!

Yuna Hibbelig

,,Humans are the virus, corona is the cure.” (deutsch: Menschen sind das Virus, Corona ist die Heilung) Sprüche wie diese sind innerhalb der Umweltbewegung auf social media-Kanälen und online häufig vertreten – doch so eine Position finden wir ziemlich fascho. Warum? Weil es die Begründung enthält, dass es bestimmte Menschen verdient hätten, an Covid-19 zu sterben, während andere dann eine menschenleerere und angeblich ökologischere Erde genießen könnten. In dieser Aussage steckt also, dass das Leben einiger Menschen nicht so viel wert ist, wie das Leben anderer. Zum Beispiel Älterer und Risikogruppen sowie Menschen aus Ländern mit schlechteren Gesundheitssystemen bis hin zu Geflüchteten, die wie zum Beispiel in dem Geflüchtetencamp Moria auf der griechischen Insel Lesbos, auf engstem Raum ausharren müssen. Diese Menschen sollen also sterben, um die Erde zu heilen.

Es wird dabei
außerdem unsichtbar gemacht, wie und warum gerade diese Menschen in Lebenssituationen gedrängt wurden, in denen sie besonders von der Pandemie betroffen sind. So wurde das Gesundheitssystem in Deutschland jahrzehntelang heruntergespart, sodass nun nicht mehr genügend Intensivbetten, Schutzkleidung und Beatmungsgeräte für alle Erkrankten da sind. In anderen Ländern hat Deutschland fleißig mitgeholfen, Spardiktate zu verhängen, sodass diese auch dazu gezwungen wurden, ihre Gesundheitssysteme abzubauen und zu privatisieren. Deutschland hat sie zusammen mit der Troika oder dem IWF mit Krediten erpresst und so selber viel Geld verdient. Menschen in ärmeren Regionen werden durch die Ausbeutung ihrer Heimatländer dazu gezwungen, auf weitaus engerem Raum zu leben und haben häufig keinen Zugang zu fließendem und sauberem Wasser, um sich an die Hygienevorschriften zu halten. Versuchen sie vor diesen Lebensbedingungen zu fliehen, werden sie an den europäischen Außengrenzen zu Tausenden in Lager gesteckt und angesichts der drohenden Pandemie ihrem Schicksal überlassen. Auch sind Menschen in sogenannten „systemrelevanten“ Berufen stärker gefährdet, als Menschen, die von zu Hause aus arbeiten können. Gleichzeitig sind diese Berufe (wie z.B. Reinigungskraft oder Einzelhandel) oft die, die von Frauen gemacht und schlechter bezahlt werden. Werden Menschen in Ländern mit schlechterer medizinischer Versorgung oder mit weniger finanziellen Mitteln zur Verfügung krank, sind ihre Chancen darauf gesund zu werden weitaus geringer. Vor Allem in Ländern ohne Krankenkassenvorsorge, wo die Menschen privat für ihre Behandlung aufkommen müssen, wie den USA, sieht man dies besonders deutlich. Dementsprechend sind nicht alle Menschen gleichmäßig von dem Coronavirus betroffen, sondern die, die am meisten unter Unterdrückung und Ausbeutung leiden. Und nun wird von diesen wird nun auch noch verlangt zu sterben, damit sich der Rest ein geiles Leben im Grünen machen kann.

Die vermeintliche „Überbevölkerung“

Die Rede von der Überbevölkerung der Welt ist nichts Neues, sondern wurde schon immer von Rechten und Herrschenden als Rechtfertigung genutzt. Die Idee von der „Überbevölkerung“ kam auf, als sich der Kapitalismus in Europa ausgebreitet hat und immer mehr Menschen der Arbeiter_Innenklasse an Überausbeutung und Verelendung starben. Die Herrschenden erklärten einfach, dass sowieso zu viele Menschen auf der Welt leben würden und es deshalb schon ok wäre, wenn einige davon wegsterben. Stattdessen waren die Arbeiter_Innen ja nur so arm, weil die Kapitalist_Innen sich alle Profite in die eigenen Taschen steckten. Da sich die Arbeiter_Innenklasse jedoch durch viele Kämpfe einen gewissen Status erobern konnte, mussten die Herrschenden ihre Theorie ein wenig umformulieren. Aktuellere Übervölkerungstheorien besagen nun, dass wir weiterhin zu viele Menschen auf der Erde sind, und deshalb einige sterben müssen, um wieder genügend Platz oder Ressourcen wie Nahrungsmittel zu haben. Wenn sich gefragt wird, wer sterben soll, wird heute vor allem auf die ärmeren Länder geschaut, in welchen tatsächlich mehr Menschen auf engerem Raum leben. Das liegt aber nicht unbedingt an der Menge der Menschen, sondern wie die Ressourcen auf unserem Planeten aufgeteilt sind. Es gibt also eine ungleichmäßige Aufteilung an Ressourcen wie Nahrungsmitteln, keinen Mangel an diesen.

Zudem ist dieses Denken zum einen ist zutiefst sexistisch, da Frauen in Ländern mit einer höheren Bevölkerungszahl vorgeworfen wird, sie sollen weniger Kinder bekommen, da sie ja sonst Schuld an der Übervölkerung trügen. Zum anderen lässt es den Gedanken vollkommen aus, dass manche Menschen viele Kinder benötigen um in einer kapitalistischen Gesellschaft, in welcher sie die Benachteiligten sind, zu überleben. Warum sollen die Menschen in den Ländern mit höheren Geburtsraten, welche am meisten von Globalisierung und Ausbeutung betroffen sind, wegen einer vermeintlichen „Übervölkerung“ auf gewisse Vorteile, die andere Länder schon haben, verzichten und Opfer bringen müssen, um unter Anderem gegen die Klimakrise und

Ressourcenknappheit vorzugehen.

Die Umweltbewegung braucht einen Klassenstandpunkt!

Doch wie konnte
sich so eine rassistische und sexistische Kackscheiße gerade in der Umweltbewegung ausbreiten, die doch eigentlich für eine gute Sache kämpft? Paradoxerweise gab schon immer eine Offenheit in der Rechten für ökologische Positionen. Ihnen geht es jedoch dabei nicht um die Erhaltung des Planten und Klimagerechtigkeit, sondern um die Erhaltung ihres „Volkes“. Ihre obskuren Abstammungstheorien erklären sie damit, dass jedes „Volk“ mit seinem Land „verwurzelt“ sei. Im Nationalsozialismus wurde das die „Blut-und-Boden-Ideologie“ genannt. Doch das ist einfach nur faschistische Propaganda. Im Nationalsozialismus wurde sich praktisch kaum um die Natur gekümmert. Auch in bürgerlich-konservativen Kreisen entstand ein Wunsch nach verbessertem Umgang mit der Natur, damit man den Wochenendausflug am Meer so richtig schön genießen kann. Doch den muss sich erst einmal leisten können.

Fridays for Future, Extinction Rebellion oder Ende Gelände sind alles coole Bewegungen, die viel auf die Beine stellen. Jedoch werden sie entweder von NGOs oder Einzelpersonen angeführt, die keinen Klassenstandpunkt haben. Das heißt, dass sie sich nicht auf die Arbeiter_Innenklasse beziehen und nicht die Überwindung des gesamten Kapitalismus anstreben. Das wird dann wiederum zum Einfallstor für rechte Ideologien wie die Überbevölkerungstheorie, wie sie zuletzt in einzelnen XR-Ablegern aufgetaucht ist.

Kapitalismus ist das Problem – nicht der Mensch

Für uns als
REVOLUTION ist eins klar: Der Grund für Umweltzerstörung und Klimaerwärmung ist nicht die Menschheit oder unser Wesen an sich, sondern der Kapitalismus und dessen Ausbeutung der Menschen und des

Planeten. Der Kapitalismus ist also das Problem – nicht der Mensch an sich. Doch die Überbevölkerungstheorie geht davon aus, dass alle gleichwertig an der Klimakrise Schuld hätten. Natürlich ist das falsch, denn die Schäden an unserem Klima werden vor Allem durch die kapitalistische Produktionsweise und deren ständigen Kampf um Profitwachstum gefördert. Außerdem geht sie davon aus, dass der Mensch kein Teil der Natur wäre, was falsch ist. Der Mensch stammt von Tieren ab und kann wie alle Lebewesen auf diesem Planten nur durch die Wechselwirkung mit der Natur überleben. Da er eigentlich ziemlich schwach ist, muss er das, mit anderen Menschen zusammen, tun. Die Bearbeitung der Natur ist also eine natürliche Aufgabe des Menschen, um zu überleben. Wie das jedoch genau passiert ist eine politische Frage, die damit zusammenhängt, wie der Mensch, die Gesellschaft, in der er lebt, organisiert. Aktuell sehen wir da nur 2 Optionen: Sozialismus oder Barbarei.

Barbarei
bedeutet, dass der Entwicklungsstand der Produktivkräfte auf ein Niveau unter dem Kapitalismus zurückfällt. Konkrete Szenarien oder Beispiele dafür wären Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels, ein Welt-/Atomkrieg oder eben eine Pandemie (die auch Folge des Klimawandels sein kann). Eine Welt in solchen Szenarien hängt oft zusammen mit Hungersnot und grundsätzlich verschlechterten Umständen. Eindeutig keine coole Option.

Stattdessen
lohnt es sich, für eine sozialistische Revolution zu kämpfen und die kapitalistischen Widersprüche *positiv aufzuheben,* indem man die Gesellschaft an den Bedürfnissen des Proletariats und dementsprechend an den Bedürfnissen der Menschheit (und damit auch den Bedürfnissen der Natur, denn eine intakte Natur ist ein menschliches Bedürfnis) ausrichtet. Stattdessen für Corona und eine Dezimierung der Menschheit einzutreten ist nur eine reaktionäre Verschiebung des Problems und keine gute, langfristige Lösung.

4 Gründe warum Corona im Sozialismus ein weniger großes Problem wäre

Florian Hiller

Nachdem China*, wo der SARS-CoV-2 zuerst ausgebrochen ist, die Lage einigermaßen in den Griff zu bekommen scheint, sind es aktuell die beiden imperialistischen Zentren USA und Europa die besonders hart mit dem Virus zu kämpfen haben. Aber auch der Rest der Welt ist von der Pandemie betroffen und besonders für halbkoloniale Länder lässt sich keine positive Prognose abgeben, da die aktuelle nationale Abschottungspolitik nicht auf eine internationale Zusammenarbeit hoffen lässt.

„Länder wie Deutschland oder den USA kann so ein Virus nichts anhaben“ hätten wahrscheinlich viele Menschen behauptet. So auch Jens Spahn, der Ende Januar noch sagte „wir sind gut vorbereitet“. Auch das Robert-Koch-Institut stufte damals die Gefahr auf „sehr gering“ ein. Einige werden jetzt vielleicht immer noch sagen, dass Deutschland ja „verhältnismäßig gut da steht“, da in Deutschland bisher die Todesrate relativ niedrig geblieben ist.

Doch nichts ist einfach „gut“, solange es „verhältnismäßig gut“ ist. Zum Beispiel ist im Vergleich mit dem Feudalismus der Kapitalismus auch ein Fortschritt, ändert trotzdem nichts daran, dass er zerschlagen werden muss, um endlich Schluss zu machen mit Ausbeutung, Unterdrückung, Rassismus, Krieg, Sexismus – um nur einige Probleme zu nennen, die in unserm „tollen System“ vorherrschen.

Außerdem wollen wir auch nicht nur schauen, was Deutschland besser machen könnte, wir stehen schließlich für eine internationale Revolution und deshalb schauen wir natürlich über unsere Nationalstaatsgrenzen hinaus.

In diesem Artikel soll es aber nicht nur darum gehen, aufzuzeigen welche Probleme des Kapitalismus gerade verstärkt zum Vorschein kommen,

sondern 4 Gründe angeben warum Corona im Sozialismus ein weniger großes Problem ist.

Dazu müssen wir uns erst mal
gedanklich in diese Situation begeben. Weltweit wurden alle Kapitalist_Innen enteignet und die Produktion vergesellschaftet. Der bürgerliche Staat wurde durch eine Rätedemokratie ersetzt. In dieser gibt es Basisebenen aus Betrieben, Stadtteilen, Schulen etc. die Delegierte für die nächst höhere Räteebene wählen usw. Dabei sind die Delegierten rechenschaftspflichtig und können jederzeit abgewählt werden, wenn die Basis mit ihnen unzufrieden ist. Diese Struktur wird auch genutzt, um demokratisch die Wirtschaft nach den Bedürfnissen aller Menschen zu planen, durchzuführen und zu kontrollieren.

1. Forschung

Bevor wir in das Szenario gehen, dass
eine Pandemie durch einen Virus auftritt, stellt sich die Frage, ob ein Auftreten so eines Virus nicht auch schon vorher hätte im Sozialismus verhindert werden können?
Die Frage muss erst Mal
mit Nein beantwortet werden. Ähnlich wie andere Naturkatastrophen, wird es in keiner Gesellschaft zu verhindern sein, dass neue Viren auftreten, die einen großen Teil der Menschen infizieren und auch im Sozialismus wäre so eine Pandemie eine Herausforderung.
Trotzdem
wären wir besser darauf vorbereitet. Denn wie bereits gesagt, können wir davon ausgehen, dass Pandemien ausbrechen werden. Es erscheint aktuell wie ein blöder Zufall, dass so etwas passiert, aber es gab in der Geschichte immer große Seuchen, und es gibt auch Forschung die besagt, dass es gerade bei unserer aktuellen Form der industriellen Massentierhaltung ein besonders
hohes Risiko für
das Ausbrechen von neuen gefährlichen Krankheiten gibt. Auch zu Corona-Viren wurde bereits geforscht. Betrachten wir das Bedürfnis

der Menschen nach Gesundheit, dann wird klar, dass es wichtig ist sich mit solchen Bedrohungen für die Gesundheit auseinanderzusetzen. Das Problem in unserer Marktwirtschaft ist, dass die Bedürfnisse der Menschen nicht im Vordergrund stehen, sondern der Profit. Das führt zu einem paradoxem Phänomen. Das Forschungsinstitut, dass forscht um Leute vor Pandemien zu schützen braucht eine Pandemie um dies zu tun. Denn erst mit Eintreten der Krankheit, ist es profitabel und unbedingt notwendig etwas gegen die Krankheit zu tun.
Im
Sozialismus hätten wir uns schon bereits vor Ausbrechen der Krankheit mehr mit dem Risiko von Pandemien auseinandergesetzt, da es wichtig ist für das Bedürfnis nach Gesundheit sich mit dem Verhältnis des Menschen und der Natur auseinanderzusetzen und die Forschung dahingehend einem gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht und in der Planwirtschaft umfassender berücksichtigt würde.

2. Gesundheitssystem

Ein weiterer Punkt, der sich auf die Vorbereitung auf eine Pandemie bezieht, aber auch auf deren Bekämpfung, ist die Situation des Gesundheitssystem. Spätestens jetzt zeigt sich was für Folgen es hat, wenn die neoliberale Profitlogik bis tief in die Grundbedürfnisse der Menschen hineindrängt. Wenn heute viel von „Flatten the curve“ geredet wird, dann bedeutet das, dass die Zahl der Infizierten und besonders der Leute, die auf einer Intensivstation behandelt werden müssen, so gering zu halten, dass das Gesundheitssystem nicht überlastet ist. Es gibt eine Grenze an Verfügung stehenden medizinischen Personal und Geräten und wird diese Grenze überschritten kommt es zu der Situation in der abgewogen werden muss, wer behandelt wird und wer sich selbst überlassen bleibt. Dass diese „Grenze“ überall sehr tief liegt, lässt sich zurückführen auf die Privatisierung des Gesundheitssystems und die damit einhergehenden Folgen, wie z.B die schlechten Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Dass Diese Grenze liegt aber noch niedriger in Länder wie Italien und Spanien. Das liegt daran, dass ihnen, unter anderem von Deutschland, Spardiktate aufgezwungen wurden, was die Zerrüttung der Gesundheitsversorgung noch schneller vorantrieb. In

Ländern die noch schlechter dastehen ist für viele Menschen mit unzureichender Wasserversorgung der „Hände waschen“-Slogan blanker Hohn.

Im Sozialismus ist Gesundheit ein Bedürfnis, dessen Schutz gesellschaftliche Aufgabe ist, und keine Ware mit der Profit gemacht werden kann. Da Gesundheit ein grundlegendes Bedürfnis der Menschen ist, hat es auch einen ziemlich hohen Stellenwert und dementsprechend ist das Gesundheitssystem gut ausgebaut und mit mehr medizinisches Personal versorgt. Außerdem ist die Versorgung für jeden frei zugänglich. Zudem wären die Hygienestandards weltweit gesichert und nicht nur in einzelnen imperialistischen Zentren, die nur einen Teil der gesamten Weltbevölkerung ausmachen.

3. Maßnahmen

Die bisherigen Punkte bezogen sich größtenteils darauf, dass der Sozialismus im Allgemeinen besser vorbereitet ist auf eine Pandemie, sei es durch Forschung, aber vor allem durch das Gesundheitssystem.
Welche Maßnahmen können nun getroffen werden? Aktuell wird viel darüber diskutiert, wann die Maßnahmen (z.B Soziale Distanzierung) wieder gelockert werden und wieder zu einem „normalem Leben“ zurückgekehrt werden kann. Der Gedanke dahinter kümmert sich nicht in erster Linie darum den Menschen das Bedürfnis nach sozialen Kontakten wieder zu ermöglichen. Es geht darum, dass die Leute wieder arbeiten sollen um die wirtschaftlichen Folgen fürs Kapital möglichst gering zu halten – schon jetzt wird eine Schrumpfung der Wirtschaft erwartet. Wenn nun wegen der Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona in vielen Bereichen die Arbeit stillsteht, wird das die Wirtschaft stark treffen, die Folgen dessen werden letztendlich wieder besonders an der Arbeiter_Innenklasse ausgelassen.

Auch im Sozialismus müssen wir
arbeiten und auch im Sozialismus ist es ein Problem, wenn manche
Arbeiten eingestellt werden. Wie könnten wir also im Sozialismus
handeln und was wären dabei Vorteile?
Tritt so ein Virus auf,

ist es wichtig schnell, auf Grundlage der wissenschaftlichen Kenntnisse und einheitlich zu handeln. Da eine Pandemie die ganze Welt betrifft, würde in einer Rätedemokratie hier der höchste Rat zunächst die wichtigsten Entscheidungen über Maßnahmen treffen. Wie bereits zu Beginn erklärt, werden diese Entscheidungen aber von den unteren Ebenen kontrolliert was verhindert, dass es zu Machtmissbrauch kommt, wie aktuell in einigen bürgerlichen Staaten.
Die soziale Distanzierung wäre dann wahrscheinlich
auch dann ein gängiges
Mittel neben besseren und mehr Masken. Während der Kapitalismus dabei bemüht ist möglichst viele Arbeitsfelder aufrecht zu erhalten um Profit zu machen, (siehe Italien, wo trotz starker Ausbreitung von Corona die Produktion lange aufrecht erhalten wurde, was letztendlich auch zu Streiks führte), ist es im Sozialismus viel leichter die Arbeit auf gesellschaftlich notwendige Arbeit zu reduzieren. Die Fabriken sind nicht auf Profit angewiesen. Das ist auch der Grund warum solche Maßnahmen über einen längeren Zeitraum aufrecht erhalten werden können, was wiederum die Bekämpfung des Virus stark erleichtert. Während im Kapitalismus abgewogen werden muss zwischen Rettung der Wirtschaft und Rettung von Menschenleben, kann sich im Sozialismus auf Letzteres fokussiert werden.
Die soziale
Distanzierung bis zur Quarantäne ist natürlich auch für Menschen einer sozialistischen Gesellschaft eine neue und eher unangenehme Situation. Sie wäre aber für den Großteil der Menschen deutlich angenehmer als in der heutigen Situation und vor allem deutlich gerechter. Wenn deine 1900 Quadratmeter Villa auf einem 22000 Quadratmeter großen Grundstück steht (Jeff Bezoz, Amazonbesitzer Präsident von Amazon) lässt
es sich schon etwas leichter aushalten, als wenn dir nur eine kleine Wohnung für deine ganze Familie zur Verfügung steht, oder gar keine. Es muss sich in der Zeit auch keine Gedanken darüber gemacht werden wie ich in der Zeit meine Miete bezahlen soll. Wohnen ist für alle eine Grundversorgung. Es gäbe genug Frauenhäuser zum Schutz

vor häuslicher Gewalt.

Ein weiterer Punkt betrifft die
Bekämpfung des Virus. Die Corona-Pandemie wird erst vorbei sein, wenn entweder Herdenimmunität eintritt, das heißt ca. 70% der Menschen infiziert waren, oder ein Impfstoff entwickelt wurde.

4. Impfstoff

Wie bereits am Anfang erwähnt, hätte es im Sozialismus bereits mehr Forschung über Corona-Viren gegeben, sodass wir vermutlich einem Impfstoff näher stehen würden. *„Wäre uns das Geld nicht ausgegangen, dann hätten wir womöglich schon eine Impfung gegen Covid-19 in der Hand“* (Peter Hotez, Mediziner und Dekan des Baylor College of Medicine in Houston, Texas). Er meint damit eigentlich einen alten Sars-Virus, der aber dem jetzigen Sars-CoV-2 sehr ähnlich ist und deshalb wahrscheinlich auch aktuell genutzt werden könnte. Von vielen wird der Wettbewerb im Kapitalismus immer als Entwicklungsgarant angepriesen, so auch jetzt, wenn viele einzelne Unternehmen in Konkurrenz auf der Suche nach dem großen Deal mit ihrem Patent ihre Forschung nach einem Impfstoff beginnen. Wir sehen das eher als großes Hindernis. Im Sozialismus können sich ForscherInnen der ganzen Welt austauschen und ihr gesammeltes Wissen und Ressourcen nutzen um schnell einen Impfstoff zu entwickeln. Dabei geht es auch nicht darum schnellstmöglich „seine Nation“ von dem Virus zu befreien um gegenüber anderen Nationen gestärkt aus der Krise herauszukommen, sondern darum allen Menschen auf der Welt schnellstmöglich einen Impfstoff kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Zusammenfassen lässt sich der Inhalt des ganzen Artikels eigentlich gut in wenigen Worten: „Gesundheit für Alle, anstatt Profite für Wenige!“. Von da aus konsequent weitergedacht, wird klar, dass wir dafür unser kapitalistisches System überwinden müssen. Wie wir uns uns den „road to revolution“vorstellen könnt ihr in unserem Programm nachlesen.

*In unseren Augen ist China nicht sozialistisch, sondern ein imperialistisches Land.

Wie international Rechte die Pandemie ausnutzen

Flo Schwerdtfeger

Die
ganze Welt ist gezwungen gegenüber dem Corona-Virus zu handeln. Und während das schon mit Einschränkungen in allen Lebensbereichen und der Grundrechte geschieht, schaffen es trotzdem noch konservative und rechte Parteien, einen drauf zu setzen. Dabei entsteht oft eine Suppe aus Kleinreden mit der starken Forderung nach schneller Öffnung im Interesse der Wirtschaft auf der einen Seite und dem autoritären Umbau des Staates auf der anderen Seite, alles garniert mit ordentlich Rassismus. In diesem Artikel wollen wir uns mit einigen Beispielen und den Hintergründen auseinandersetzen.

**Wer
zuletzt kommt, den bestraft der Weltmarkt**

Die meisten Länder, deren Politiker_Innen das Virus zuerst verleugneten und immer noch klein reden, haben konservative bis offen rechte Regierungen. Prominent sind hierbei Brasilien, USA und GB.
Entweder man erkannte die reelle Gefahr nicht an oder setzte, entgegen den Ratschlägen der Wissenschaft und dem Widerstand der Bevölkerung, auf das System der schnellen Herdenimmunität. Dabei will man das Virus dadurch überwinden, indem man im Grunde gar nichts macht und möglichst schnell ein Großteil der Menschen durch eine vorige Ansteckung und anschließender Genesung immun werden. Ungeachtet der Tödlichkeit des Virus‘ wird eine Überlastung des Gesundheitssystem in Kauf genommen, was man durch das Versprechen legitimiert, dass es so schlimm schon nicht werden wird. So reagierten England und die USA erst lange, nachdem die meisten

europäischen Staaten die Ausgangsbeschränkungen einführten. Auch durch dieses Zögern sind die USA zum neuen Zentrum der Pandemie geworden, während man sich nach wie vor mit Schuldzuweisungen gegen China behängt und den Handelskrieg weiter führt.

In anderen Ländern, in denen man davon ausgeht, dass bereits das Maximum der Ansteckungen erreicht wurde und sich die Kurve wieder abflacht (wie z.B. in Deutschland), fordern Rechte sowohl aus AfD als auch CDU/CSU eine schnelle Lockerung der Maßnahmen. Dies tun sie aber nicht aus ihrer Liebe zu den Grundrechten oder zu den Menschen. Der Grund dafür ist vielmehr in ihrer sozialen Basis zu suchen. Flach gesagt, vertreten die AfD und rechtere Teile der Union die Interessen einer Fraktion des deutschen Kapitals aus kleineren binnenmarktorientierten Kapitalist_Innen. Diese (z.B. kleinere Gastronomie oder Tourismusunternehmen) sind aber noch oft noch unmittelbarer von der Krise betroffen als das Großkapital und werden die Maßnahmen nicht so lange durchhalten können. Deswegen muss alles getan werden, dass sie dabei nicht hinten herunterfallen und wenn man dem durch Lügen, Kleinrederei und Lobbypolitik die Gesundheit und Leben unzähliger Menschen opfert.

Autoritärer Rückschlag im weltweiten Ausmaß

In
Deutschland sind die Grundrechtseinschränkungen massiv und es ist
nicht unwahrscheinlich, dass einige nicht zurückgenommen werden.
Doch auch die Liste der Maßnahmen und Methoden, die andere Länder
ergreifen, liest sich wie How-To’s für Autokratien und
Demokratieverächter. Werfen wir also den Blick in Länder, in denen
die Angriffe besonders heftig sind.

Das beste Beispiel dafür sind die Notstandsgesetze, welche in Ungarn durch die regierende Partei Fidesz eingeführt wurden. Diese ermöglichen dem Premierminister Viktor Orban per Dekret zu regieren und somit alle Entscheidungen alleine treffen zu können. Die Regierung versucht zwar immer wieder, zu beschwichtigen und beruft sich darauf, dass dieser Umstand endet, sobald auch die Notsituation endet, Kritiker_Innen sehen

darin aber den Höhepunkt einer Entwicklung in dem schon seit Jahren autoritärer werdenden Staat, der nun de Facto zur Autokratie geworden ist. Dazu ist es ein heftiger Angriff auf die Arbeiter_Innenklasse, dass die Regierung 140 der größten und wichtigsten ungarischen Unternehmen unter Militärkontrolle gestellt hat und das Militär auch im öffentlichen Raum eingesetzt wird, um für Ruhe zu sorgen. Die Militärkontrolle soll so offiziell darauf achten, dass eine „reibungslose" Produktion sichergestellt werden kann.

Auch die Philippinen setzen auf das Militär und die Polizei im Umgang mit Coronavirus, nur noch härter. Menschen, die dort gegen die Ausgangssperre verstoßen, riskieren, noch auf der Straße erschossen zu werden. Der Präsident Duterte gab öffentlich diese Anweisung. Die sich damit ergebende Situation ist besonders gefährlich für Menschen, die schon vor der Krise unter prekären Verhältnissen lebten oder z.B. im informellen Sektor arbeiten. Für sie gab es nie die Option des Homeoffice' oder von Ersparnissen zu erleben. Durch die Ausgangssperre werden sie auch endgültig ihrer Einkommensgrundlage beraubt und müssen täglich ihr Leben riskieren, entweder zu verhungern oder auf der Straße erschossen werden.

Wie bereits erwähnt, hat der brasilianische Präsident Bolsonaro das Corona-Virus lange kleingeredet („es ist nur eine kleine Grippe"), sodass die bewaffnete Autorität nun von anderen ausgeübt wird. Was wie ein schlechter Witz klingt, ist die bittere Realität: Da die Regierung nicht frühzeitig Maßnahmen ergriff, handelten die Gangs und Drogenkartelle zuerst und verhängten unter Androhung drakonischer Strafen eigenmächtig Ausgangssperren in den Favelas. Diese sind durch die fehlende Versorgungsinfrastruktur, die beengte Bebauung und hohe Einwohner_Innendichte besonders gefährdet. Bereits jetzt sind die Krankenhäusern in den Ballungsräumen an ihren Grenzen und es werden Stadien zu Notlazaretten umgebaut.

Eine andere Gefahr in den meisten Ländern wie auch Deutschland ist Terrorismus von Rechtsradikalen. Diese sehen in der derzeitigen Notstandssituation die Chance, die angespannte Situation durch gezielte Anschläge auf wichtige Infrastrukturen weiter zuzuspitzen. Ziel ist es, den

Staat soweit in Unruhe zu versetzen und zu schwächen, bis man endgültig einen Bürgerkrieg anzetteln kann. Vor der Gefahr des rechten Terrorismus wird schon seit Jahren gewarnt, besonders im Zusammenhang mit Netzwerken, auch ins Militär, Polizei und Parteien. Zwar erkennt der Verfassungsschutz diese nun als größte Gefahr an, doch die Verstrickungen der vergangenen Vorfälle lassen nur zu sehr vermuten, dass der Staat weiter auf dem rechten Auge blind bleibt.

Leider nichts neues

Alle
diese Beispiele sind nicht bloß den gegenwärtigen Umständen geschuldet, sondern sind schon jahrelang die Auswüchse des Rechtsrucks, der auf der ganzen Welt stattfindet. Ungarn und Polen verfolgen schon seit Jahren einen immer autoritärer werdenden Kurs und diskriminieren systematisch LGBT*-Menschen. Brasilien und die Philippinen gehen mit aller Härte gegen linke Aktivist_Innen, Minderheiten und ärmere Bevölkerungsschichten vor, z.B. im Falle des „Drogenkrieges“. Die EU denkt nicht mal dran, die schreckliche Lage in den Flüchtlingslagern in Griechenland und der Türkei zu beheben und überlasst den Menschen dort lieber ihrem Schicksal, als sie aufzunehmen und zu versorgen. Eine Regierung nach der anderen fällt an nationalkonservative und offen rechte Parteien.

Diese
Entwicklung wird bedingt durch die weltwirtschaftliche Zuspitzung seit der Wirtschaftskrise 2008 und die daraus folgende Forderung der nationalen Kapitalist_Innenklassen nach aggressiverer Politik, um die eigene Stellung abzusichern. Die darauffolgenden Sparmaßnahmen wurden oft von liberalen oder gar sozialdemokratischen Parteien durchgesetzt und sorgen dafür, dass sich die Lebenslage der Bevölkerung deutlich verschlechtert. Das ist der Nährboden des Rechtsrucks,
der sich seit Jahren durch jedes Land zieht. Gerade jetzt zeigt sich die verhängnisvolle Auswirkung der Sparpolitik. Spanien und Italien, die am schwersten getroffenen Länder in Europa, mussten auch im

Gesundheitssystem Kürzungen durchführen, wodurch jetzt Betten und Personal fehlen, um angemessen auf die Pandemie zu reagieren. In Deutschland äußerte sich das z.B. auch in den Kürzungen und Privatisierungen des Bildungssystems.

Wenn
du dich für eine genauere Analyse des Rechtsrucks interessierst,
schau dir
den Artikel „Internationaler
Rechtsruck – seine Grundlagen verstehen, um ihn zu bekämpfen!“
an:
http://onesolutionrevolution.de/internationaler-rechtsruck-seine-grundlagen-verstehen-um-ihn-zu-bekaempfen-2/

Wie müssen wir reagieren?

Es könnte gut sein, dass die Rechten mit der kommenden Wirtschaftskrise noch mehr Futter bekommen, doch es ist noch nicht festgelegt, dass sich der Rechtsruck auch verschärft, denn wir haben da noch ein Wörtchen mitzureden! Wir brauchen eine linke Bewegung, die sowohl gegen die Rechten als auch gegen die Sparmaßnahmen und Grundrechtseinschränkungen Widerstand leistet. Damit der Kampf effektiv ist, müsste diese das kapitalistische System an sich bekämpfen und international sein, denn sowohl Rechtsruck als auch der Kapitalismus sind ebenso international. Der Burgfrieden mit dem Kapital (ob nun in Form von Konzernen, Regierungsparteien oder Rechten), an dem Gewerkschaften und Linke festhalten, muss gebrochen werden und folgende Forderungen laut gemacht werden:

Nazis stoppen!

–
Faschoaufmärsche verhindern – massenhaft und militant!

–
Nazis morden, der Staat schaut zu: Antirassistischen Selbstschutz organisieren statt auf die Bullen verlassen!

Gesundheit vor Profite!

–

Kostenlose Gesundheitsversorgung für alle – von Tests bis zur Unterbringung in Krankenhäusern und Intensivmedizin. 500 Euro/Monat mehr für alle Beschäftigten in den Pflegeberufen!

#stayathome

–

Keine Wiederöffnung der Unternehmen ohne Schutz- und Hygieneplan unter Kontrolle der Beschäftigten!

–

Wir zahlen nicht für die Krise!

–

Gegen alle Entlassungen! 100 % Lohnfortzahlung für alle, die in Kurzarbeit sind! Keine Aushebelung von Arbeitszeitbeschränkungen und Arbeitsrecht!

–

Keine Milliarden-Geschenke für die Konzerne – massive Besteuerung von Vermögen und Gewinnen! Entschädigungslose Enteignung der Banken und des Großkapitals unter Kontrolle der Beschäftigten!

Keine Rendite mit der Miete!

–

Für das Aussetzen aller Miet- und Kreditzahlungen für die arbeitende Bevölkerung! Enteignung der großen Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen, Vonovia und Co. Nutzung von Leerstand, um die Räume Bedürftigen wie Geflüchteten und Obdachlosen zur Verfügung zu stellen!

#leavenonebehind

–

Abschaffung von Lagersystemen und rassistischen Asylgesetzen: Offene Grenzen und StaatsbürgerInnenrechte für alle!

Moria Interviews – TEIL 2 / 2: „Es war, als ob sie gar nicht existierten“

Interview mit Karl, der als freiwilliger Helfer auf der griechischen Insel Lesbos von Faschist_innen angegriffen wurde

Die Meldungen über die Corona-Pandemie überschlagen sich, während sich kaum jemand mehr für die schreckliche Situation an den europäischen Außengrenzen interessiert. Auf den griechischen Inseln dicht vor der Türkei bekommen die dort internierten Geflüchteten die Brutalität der Festung Europa besonders zu spüren. Insbesondere auf der medial bekanntgewordenen Hotspot-Insel Lesbos konnten sich im Windschatten einer rechten Regierung, die von der EU die nötigen Mittel für ihren grausamen Job als europäischer Türsteher bereitgestellt bekommt, faschistische Strukturen etablieren.

Wir haben mit dem Opfer eines faschistischen Angriffes gesprochen und ihm einige Fragen gestellt, um uns ein genaueres Bild von der Situation zu verschaffen. Unser Interviewpartner heißt Karl (Name von der Redaktion geändert), ist norwegischer Staatsbürger und arbeitet als freiwilliger Helfer und Fotograph auf der Insel.

Revo: Hey Karl, schön, dass du Zeit gefunden hast, um mit uns zu sprechen. Vielleicht kannst du uns erst einmal kurz berichten, wie es

zu dem Angriff kam?

Karl: Der Angriff fand an einem
späten Sonntagabend statt. Es war bereits dunkel. Ich war in Moria (Anmerkung der Redaktion: größtes Geflüchtetencamp auf den griechischen Inseln mit über 20 000 Bewohner_innen), um dort eine Fotoserie zu machen. Als ich im Camp hörte, dass alle Zufahrtsstraßen nach Moria von Faschist_innen blockiert wurden, sprang ich mit 4 Freund_innen mit Fluchthintergrund ins Auto, um schnell weg in die 8km entfernte Stadt Mytilini zu gelangen. Wir nahmen eine weniger befahrene Seitenstraße und hofften so unbemerkt fortkommen zu können. Doch nahe einer Tankstelle stellten sich uns ca. 100 schwarzgekleidete und maskierte Menschen in weg und sprangen vor mein Auto.

Revo: Und dann haben sie euch angegriffen?

Karl: Genau. Es ging alles ziemlich
schnell und kam mir vor wie in einem Film. Wenn ich mich zurückerinnere, höre ich vor allem die Geräusche in meinen Ohren: das Klirren zerschlagener Autoscheiben und laute Schreie. Die Faschist_innen öffneten die Türen meines Autos, zogen uns heraus und drückten uns auf die Erde, begleitet von Tritten in die Seite. Während sie mich festhielten, nahmen sie mir meine Kamera ab und zerstachen einen Reifen meines Autos. Aufgrund der Maskierungen konnte ich keine Gesichter sehen aber ich erkannte, dass es sich um Frauen und Männer, alte und junge Menschen handelte. Mit der Kamera hatten sie vermutlich, was sie wollten, und ließen mich dann mit meinem kaputten Auto auf 3 Reifen mit einem lautstarken Schleifgeräusch von Metall auf Straße weiterfahren.

Revo: Und was passierte mit deinen Freund_innen?

Karl: Das konnte ich erst im

Nachhinein herausfinden, da wir während des Angriffes sofort getrennt wurden. Es hat mich total fertig gemacht, nicht zu wissen, wie es ihnen geht und ich hatte sogar Angst, dass sie nicht mehr lebten. Ich habe sie dann später in Moria und einem anderen Camp wiedergetroffen und glücklicherweise konnten alle fliehen, sodass ihnen nichts Schwerwiegendes passiert ist. Einige hatten trotzdem Wunden von den Schlägen und Tritten der Faschist_innen und auch ihnen wurden die Handys gestohlen.

Revo: Bist du dann zur Polizei gegangen?

Karl: Ja aus versicherungstechnischen Gründen musste ich das tun. Ganze 6 Mal war ich auf der Polizeistation. Am Ende erhielt ich einen ziemlich ausführlichen Bericht vom ganzen Tathergang. Allerdings fehlte etwas ganz Entscheidendes: Meine nicht-europäischen Freund_innen wurden mit keiner Silbe erwähnt. Und das, obwohl ich der Polizei detaillierte Auskünfte über Namen und Ausweisnummern meiner Mitfahrer_innen gab. Es war, als ob sie gar nicht existierten.

Revo: Hat dich das überrascht?

Karl: Nein eigentlich nicht. Einige der Beamten schauten mich jedes Mal so an, als ob ich gerade 10 Menschen auf einmal getötet hätte. Sie scheinen alle zu hassen, die irgendetwas mit Geflüchteten oder NGOs zu tun haben. Ein Freund von mir, der ebenfalls von Faschist_innen angegriffen wurde, hat mir erzählt, dass er beobachten konnte, wie ein Polizeibeamter der ganzen Situation genüsslich zugeschaut hat.

Revo: Du hast also schon von mehreren solcher Angriffe gehört?

Karl: Ja, das ist mittlerweile zum Alltag auf der Insel geworden. Das öffentliche Leben für die Geflüchteten ist dadurch stark eingeschränkt und die Arbeit von

NGOs und Freiwilligen quasi unmöglich. Viele NGOs haben ihre Mitarbeiter_innen bereits von der Insel abgezogen, was die Situation in den Camps noch unerträglicher macht. Noch am selben Abend wurden viele weitere Autos zerstört. Vor einigen Tagen sind Faschist_innen sogar ins Camp Moria eingedrungen, um dort Leute anzugreifen.

Revo: Hast du davon gehört, dass auch Neonazis aus Deutschland, von der sogenannten „Identitären Bewegung“ auf der Insel waren, um die lokalen Faschist_innen zu unterstützen?

Karl: Ja das ging hier durch alle Whatsgruppen, somit hatten wir Fotos von den Leuten. Die waren allerdings nicht lange hier und haben ziemlich schnell von Antifaschist_innen eins auf den Deckel bekommen. Als ich das zweite Mal auf der Polizeistation war, habe ich sie sogar dort gesehen, durch die Fotos wusste ich ja wie sie aussehen.

Revo: Mit dem Bild von weinenden Faschos finden wir noch einen positiven Abschluss für dieses ansonsten ziemlich traurige und schockierende Interview. Es scheint doch noch Widerstand von lokalen Antifaschist_innen, Internationals und vor allem von Geflüchteten zu geben, die sich gegen die faschistischen Angriffe organisieren und zu Wehr setzen. Wir wünschen ihnen viel Kraft und Erfolg in ihrem antifaschistischen Kampf. Dir Karl vielen Dank für das Interview und bleib gesund!

Moria Interviews – TEIL 1 / 2:

„Moria ist auch ohne Pandemie eine Hölle“

Ein Interview mit Ahmad über Corona, Faschist_Innen und das Leben am Rande der Festung Europa

Während zehntausende ausländische Erntehelfer_Innen eingeflogen werden, um den deutschen Spargel zu retten, forderte das Bundesinnenministerium nun die Einstellung der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer, um nicht noch mehr vermeintliche „Corona-Infizierte“ nach Europa zu lassen. Die vielbeschworene Solidarität der Bundesregierung scheint vor allem der deutschen Industrie- und Agrarwirtschaft zu gelten. Verschwindend klein wirkt vor diesem Hintergrund auch das Symbol, dass lediglich 50 geflüchtete Kinder aus den Lagern in der Ägäis von Deutschland aufgenommen werden sollen, während über 10 000 Minderjährige dort weiter unter unmenschlichen Bedingungen ausharren müssen. Ahmad (Name von der Redaktion geändert) ist selbst aus dem Irak geflüchtet und lebt bereits seit über 2 Jahren auf der Insel Lesbos. Wir sprachen mit ihm, um mehr über die dortigen Lebensbedingungen und den Umgang mit dem Coronavirus zu erfahren.

REVO: Hallo Ahmad, wie sind die Camps auf eine Ausbreitung des Coronavirus vorbereitet?

Ahmad: Sehr schlecht, eigentlich gar nicht. Das Leben im größten Camp „Moria“ ist auch ohne Pandemie eine Hölle. Immer wieder begehen Menschen Selbstmord, da die Lebensbedingungen dort einfach unerträglich sind. Für einige tausend Menschen gibt es einen einzigen Wasserhahn, von Seife ganz zu schweigen. Teilweise fällt die Wasserversorgung sogar komplett aus. Es können also nicht einmal einfache hygienische Schutzmaßnahmen beachtet werden. Das größte Ansteckungsrisiko existiert wahrscheinlich in der Essensschlage, wo tausende Menschen jeden Tag dichtgedrängt stehen und stundenlang gezwungen sind zu warten, wenn sie etwas zu essen bekommen wollen. Mittlerweile gibt es auch kaum noch

Ärzt_Innen im Camp, da viele NGOs ihre Mitarbeiter_innen von der Insel abgezogen haben, nachdem diese immer wieder von Faschist_innen bedroht und angegriffen wurden. Aus der Not heraus haben Geflüchtete selber die Situation in die Hand genommen und selbstorganisierte Corona-Awareness-Strukturen gebildet. Sie versuchen Informationen über das Virus weiterzugeben und klären andere Bewohner_innen auf, dass sich zum Beispiel nicht mehr die Hand geben oder sich nach Möglichkeit nicht ins Gesicht fassen sollten.

REVO: In fast allen Ländern Europas wurden mittlerweile Maßnahmen verhangen, um eine Ausbreitung der Pandemie einzudämmern bzw. zu verlangsamen. Wie sieht das auf Lesbos aus?

Ahmad: Für uns ist die Situation eigentlich nur noch schlimmer geworden. „Moria" wurde komplett von der Polizei abgeriegelt. Kaum jemand darf nun noch das Camp verlassen. Nur für dringende Arzttermine oder in Notfällen dürfen Leute raus. Das heißt auch, dass keine_R der Bewohner_innen mehr Zugang zu Geld hat, da sich die einzigen Bankautomaten in der ca. 8 km entfernten Stadt Mytilini befinden. Die Bearbeitung der Asylanträge wurde nun vollständig eingestellt. Auch außerhalb des Camps gilt eine Ausgangssperre. Wer das Haus verlassen will, muss eine SMS an die Polizei schicken und den Grund angeben. Gerät man ohne Bestätigungs-SMS der Polizei in eine Straßenkontrolle, muss man hohe Strafen zahlen.

REVO: Gibt es denn schon Corona-Infektionen auf der Insel?

Ahmad: Ja ich habe von 3 bestätigten Fällen gehört. Einer davon hat es bereits überstanden. Es handelt sich jedoch bei allen 3 Fällen, um Griech_Innen und niemand von ihnen arbeitete in irgendeinem Camp. Im Gegensatz dazu verbreiten die Faschist_Innen Geschichten und Lügen, dass wir Geflüchteten und freiwillige Helfer_Innen das Virus verbreiten würden.

REVO: In den letzten Wochen und Monaten haben sich immer

stärkere faschistische Strukturen auf der Insel aufgebaut. Es kam zu Angriffen auf Geflüchtete und NGO-Mitarbeiter_Innen und auch aus der Türkei ankommende Schlauchboote wurden beim Anlegen behindert. Hat sich das seit Corona verändert?

Ahmad: Sie greifen immer noch vereinzelt an, patrouillieren im Hafen oder sind vor einer Woche auch ins Camp eingedrungen und haben Menschen attackiert.

REVO: Was denkst du über die kommenden Wochen und Monate? Siehst du irgendwelche Potentiale, dass sich etwas zum Besseren wenden könnte?

Ich bin sehr pessimistisch. Klar, ich hoffe, dass sich etwas ändert aber ich glaube es eigentlich nicht. Unsere ohnehin unklare Zukunft wird mit jedem Tag noch unklarer. Bereits am Morgen wache ich mit einem Angstgefühl auf, das sich im Verlauf des Tages dann in Stress, Wut und Verzweiflung verwandelt. Vor ein paar Tagen sind einige Leute aus Moria in den Hungerstreik getreten. Als Gefangene in dem extra auf dem Campgelände erbauten Gefängnis war der Hungerstreik ihre letzte Möglichkeit gegen diese Lebensbedingungen zu protestieren. Nach drei Tagen wurden sie jedoch durch den Einsatz massiver Polizeigewalt zum Essen gezwungen. Die Situation ist schrecklich und was wir jetzt brauchen, ist die sofortige Evakuierung aller Camps auf den griechischen Inseln und die Erlaubnis für eine Weiterreise auf das europäische Festland!

Dieses Interview wurde durch einen Genossen von uns geführt, jedoch zuvor in gekürzter Form in der Tageszeitung „Junge Welt“ vom 16.04.2020 veröffentlicht. Siehe: https://www.jungewelt.de/artikel/376511.sorge-vor-coronavirus-schon-vor-der-pandemie-eine-h%C3%B6lle.html?sstr=Moria%7Cpandemie%7Ch%C3%B6lle

Der Konflikt in Venezuela bleibt heiß: Kopfgeld auf Maduro

Alex Metzger

In einer
Pressekonferenz erhob US-Justizminister William Barr schwere Vorwürfe gegen Venezuelas Präsident Nicolás Maduro. Dabei wird ihm vorgeworfen, als Chef eines Internationalen Drogenkartells den Schmuggel von Rauschgift durch Südamerika in die Vereinigten Staaten zu koordinieren. Nun setzt die US Regierung ein Kopfgeld in Höhe von 15 Millionen $ auf Hinweise aus, die zur Ergreifung von Maduro führen.

Kurz zur Faktenlage:
Daten der CCDB(einer Datenbank, die den „Kampf gegen die Drogen“ in Amerika dokumentiert) deuten darauf hin, dass 2018 ca. 7 mal mehr Kokain durch Guatemala(1400 Tonnen) transportiert wurde als durch Venezuela(210 Tonnen)! Der guatemalische Regierungschef wird jedoch nicht behelligt.

Woher diese Anschuldigung?

Im Zuge des
internationalen Rechtsrucks hat es auch in Südamerika Regierungswechsel und Putsche gegeben, die das Kräfteverhältnis auf dem Kontinent eindeutig zugunsten der reaktionären Seite verlagern. Genannt seien hier: Jair Bolsonaro in Brasilien, der Putsch gegen Evo Morales in Bolivien, die Regierung
Piñera
in Chile.

In Venezuela soll
dies nun auch passieren und es gibt schon länger den Konflikt zwischen dem venezolanischen Präsidenten Maduro und den USA, die versuchen, ihn aus dem Amt zu kicken und mit jemanden zu ersetzen, der sich nicht mehr weigert, den Markt vollends zu öffnen und die Industrie zu privatisieren. Deswegen versucht die amerikanische Regierung seit Jahren, der Regierung Venezuelas Verstrickungen ins internationale Drogenkartell anzuhängen. Dabei ist die Ausschreibung des Kopfgeldes eine Machtdemonstration Trumps für seinen Einfluss in Lateinamerika, während er beispielsweise im arabischen Raum(Syrien, Iran) aber auch im Konflikt mit Nordkorea dem Anspruch des US Imperialismus als bissige Ordnungsmacht/
Alpha Predator/ Boss der Welt nicht gerecht wird. Die zunehmende Herausforderung durch den chinesischen Imperialismus immer im Blick.

Gleichzeitig steht
Trump in den USA relativ kurz vor der Präsidentschaftswahl und versucht mit der klassischen Anti-Drogen-Law-and-Order-Politik Stärke zu beweisen und von seiner fatalen Corona-Krisenpolitik abzulenken.

Dass
Handelsbeschränkungen wie Sanktionen auch während der Corona-Pandemie nicht gelockert werden und diese Politik den Menschen in Venezuela und sonst wo vor allem schadet, beweist eindeutig, dass es den amerikanischen Imperialismus selbst in solchen Zeiten einen feuchten Kehricht schert, welche mörderischen Auswirkungen die eigene Politik überall auf der Welt hat.

Imperialistische Umtriebe

Seit knapp 3 Jahren
tobt in Venezuela ein Kampf um die Macht, an dem sich verschiedene imperialistische Staaten aber federführend die USA beteiligen. Auf einer Seite der geputschte Präsident Nicolás
Maduro, Nachfolger von Hugo Chaves, den wir als linksbonapartistisch

einstufen. Das heißt, dass die Regierung sich dadurch auszeichnet, dass durch z.B. Öleinnahmen finanzierte Zugeständnisse an die Bevölkerung gemacht werden, was in ökonomisch guten Zeiten die Lebenssituation der Bevölkerung verbessern kann. Dies wird dann populistisch ausgeschlachtet. Gleichzeitig geht sie aber auch hart gegen linke Oppositionelle, Gewerkschaften und Basisprojekte vor, die sich beispielsweise gegen die Legalisierung privater Investitionen aus imperialistischen Ländern und andere Maßnahmen im Sinne des Kapitals und der Imperialist_Innen zur Wehr setzen. Ein linker Bonaparte
schafft es dabei, die politische Macht zu zentralisieren, indem er zwischen den Interessen der Klassen balanciert und die eigene bürokratische Kaste wie auch das Militär stramm auf Linie hält. Maduro will sich dabei von den USA weder politisch noch wirtschaftlich abhängig machen, was auch Teil des eigenen Populismus ist. Da Trump den US-amerikanischen Einfluss in Südamerika festigen will, soll Maduro weichen und wenn es durch solche krummen Moves wie mit dem Vorwurfs des Drogenhandels sein muss.

Auf der anderen
Seite die Person, die ihn ersetzen soll: Juan Guaidó, seines Zeichens ehemaliger Parlamentspräsident Venezuelas und wirtschaftsliberaler Politiker. Das bedeutet zum Beispiel, dass er die Bodenschätze Venezuelas schnellstmöglich für den imperialistischen Raubbau verfügbar machen möchte. Dabei geht es vor Ort um Öl, Gold, Silber, seltene Erden… Guaidó ist den USA treu und erhält wiederum politische und wirtschaftliche Unterstützung von ihnen. So konnte er sich Ende Januar 2019 zum Interimspräsidenten erklären und wird dabei international von über 150 Ländern anerkannt (Dabei Weite Teile Südamerikas, außer Bolivien, und westliche Imperialistische Länder).

Für eine genauere
Einschätzung des Konflikts, checkt einfach unsere Homepage:

Venezuela: Kein Ende des Konflikts in Sicht

Der Weg aus der Krise

Noch ist der Kampf um die Macht in Venezuela nicht entschieden. Klar ist, dass wir die Errungenschaften der venezolanischen Revolution gegen jeden imperialistischen Einfluss verteidigen. Gleichzeitig müssen wir aber auch verstehen, dass Maduro kein Sozialist, Venezuela kein Sozialismus ist und die Errungenschaften unzureichend sind.

Die Revolution ist zum Stillstand gekommen, ohne die Industrie restlos verstaatlicht zu haben. Die Bourgeoisie darf weiter Profite machen und mit ihren Privilegien leben. Teile der enteigneten Bourgeoisie wurden sogar großzügig entschädigt.

Weiterhin fußt Maduros Macht auf der Unterstützung durch das Heer, welches weder demokratisch organisiert noch kontrolliert ist. Demokratisch organisierte Milizen sind Teil eines politischen Programms, welches seine Regierung mit aller Härte bekämpft.

Diese Milizen wären zentraler Bestandteil, um die Revolution in Venezuela voranzutreiben und sie zu einer sozialistischen Revolution zu entwickeln. Dafür muss die Bourgeoisie entschädigungslos enteignet werden. Die Arbeiter_Innenklasse muss, gemeinsam mit den Bauern und der Jugend, die Macht der Bürokratie brechen und eigene, mutige, basisdemokratische Losungen aufstellen.

Eine solche Revolution könnte als leuchtendes Beispiel in die gesamte Region strahlen und die Arbeiter_Innen in Ländern wie Brasilien und Argentinien ermutigen, den Kampf gegen ihre stockreaktionären Regierungen in eine sozialistische, internationalistische Richtung zu treiben! Im Zuge dessen braucht es auch den Kampf für den Aufbau von revolutionären Parteien der Arbeiter_Innenklasse, die eine solche Richtung überhaupt

weisen können.

- Nein zum
  erneuten Putschversuch durch den US Imperialismus, entlarven wir die
  haltlosen Anschuldigungen von William Barr!
- Verteidigen
  wir die Bolivarische Revolution gemeinsam gegen imperialistische Aggressionen!

- Für die
  Permanenz der Bolivarischen Revolution! Nur wenn wir über die bisherigen Schritte hinausgehen und die Eigentums- und die Herrschaftsfrage gegeüber Kapital und Bürokratie stellen, können wir die Revolution zum Erfolg führen.

- Für internationale Solidarität
  und den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus sowie seinen Unterstützer_Innen in Medien, Staat & Bildungswesen!

China: Auf dem Weg zur Weltherrschaft dank Coronakrise?

Resa Ludvin

Fast die gesamte Welt steht still,
nur in China scheint es eine schrittweise Rückkehr zur Normalität

zu geben. Auch die allgemeine Angst vor einer Rezession sucht man in China vergeblich. Ganz im Gegenteil. China inszeniert sich als großer Helfer betroffener Länder, Bezwinger des Virus‘ und scheint schon jetzt Gewinner der Krise zu sein.

Und das trotz der immensen Bevölkerungszahl, Zusammenleben auf engstem Raum und einem Gesundheitssystem, das alles andere als sozial ist. Waren Krankenhäuser einst staatliche Institutionen mit Hauptaugenmerk: Gesundheit der Bevölkerung ohne Wenn und Aber, ist das System heute gerade auf dem Land unterversorgt und Behandlung gibt es nur mit Vorkasse – wer hier zuerst versorgt wird, ist offensichtlich, denn auch im angeblich „kommunistischen“ China hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Bourgeoisie herausgebildet.

Genau dieser Ort soll also nicht nur Ausgangspunkt, sondern auch erfolgreicher Bezwinger des Virus sein? Im November 2019 trat das Coronavirus zum ersten Mal bei einem Menschen in China auf. Wurde es da noch totgeschwiegen und jene, die darüber sprechen wollten, mundtot gemacht, erfolgten ab Ende Januar die ersten großflächigen Maßnahmen zur Eindämmung. Für über eine Milliarde Menschen, die in der Volksrepublik leben, bedeutete dies Ausgangssperren, Reisebeschränkungen und Kontaktreduzierungen bis hin zum kompletten Lockdown der am schwersten getroffenen Region, die 60-Millionen-Provinz Hubei mit ihrer Hauptstadt Wuhan. Doch schon ab April 2020 verzeichnet China offiziell keine neuen Fälle, Hubei wurde wieder zur Ein- und Ausreise geöffnet und man überlegt sogar, die Schulen demnächst wieder zu öffnen. Doch ist auch hier nicht alles Gold, was glänzt: So kam es im März 2020 in Wuhan zu spontanen Protesten, die in China aufgrund fehlender Versammlungsfreiheit verboten sind. Grund hierfür war, dass die Lebensmittelversorgung durch Peking nur schlecht

funktionierte.

Warum kommt China schneller wieder auf die Beine?

Schauen wir uns an, warum es China leichter fallen könnte, den kapitalistischen Normalbetrieb wiederaufzunehmen: Durch das autoritäre Regime kann berechtigter Widerstand sowie die Interessen der Bevölkerung aus der Entscheidungsfindung herausgehalten werden, was zu einem entschlossenen aber auch rücksichtslosen Vorgehen führt. Doch noch deutlich wichtiger als die politische Sphäre ist die wirtschaftliche: Auch wenn China seit der Öffnung in den 70er Jahren weit von der maoistischen Linie abgewichen ist, so haben sie doch eine spezielle Form der kapitalistischen Wirtschaft.
Vergleichen wir das chinesische Wirtschaftssystem mit dem Deutschlands: In Deutschland herrscht bis auf wenige Ausnahmen freie Markt- und Konkurrenzwirtschaft in der unterschiedliche Firmen in erster Linie für ihre eigenen Interessen einstehen, getreu dem Motto „Der Markt regelt sich selbst“.
In China gilt dieses Prinzip nur zum Teil, denn dort sind viele Schlüsselindustrien nicht in der „freien Hand des Marktes“, sondern staatlich bzw. teilstaatlich oder zumindest eng mit der Partei verbunden. Insgesamt ist der Einfluss der Regierung auf die Produktion wesentlich höher als in anderen imperialistischen Ländern. Man könnte es also als „Kapitalismus unter der Diktatur einer Partei“ bezeichnen. So sind die nationalen Bestrebungen der Regierung eine der treibende Kräfte der chinesischen Wirtschaft und ihres Aufschwungs. Dies verbindet sich mit den Interessen der Bourgeoisie, die durch die geöffnete Kapitalakkumulation entstanden ist und mit enger Verbindung zum Parteiapparat, neben der Arbeiter_Innenklasse existiert.

Da sich viele jener Schlüsselindustrien in Staatshand befinden, die nicht nur für die

Versorgung, sondern vor allem im internationalen Wettbewerb wichtig sind, gab es weniger Blockaden, die Produktion in Zeiten der Coronakrise bedarfsorientiert umzustellen. Ziehen wir hier wieder den Vergleich zu Deutschland, so sehen wir, dass eben jene Schlüsselindustrien einerseits nie in Staatshand waren und andererseits weitere lebenserhaltende Bereiche, die früher staatlich waren, in den letzten Jahrzehnten zunehmend privatisiert oder runtergekürzt wurden, allen voran im Gesundheitssektor. Nur so kann man verstehen, warum sich China schneller erholt. Zusätzlich dazu gab es geplante Interventionen der Regierung wie ein riesiges Krankenhaus, das in Wuhan innerhalb weniger Tage für die Corona-Infizierten entstanden ist. Allerdings ist es für die chinesische Regierung gerade wichtig, dass Hubei schnell wieder einsatzfähig ist, denn dort befinden sich wichtige Standorte der Automobil- und Elektronikbranche.

Nichtsdestotrotz
ist auch anzuzweifeln, dass die Zahl der Neuansteckungen wirklich auf 0 gesunken ist und diese Nachricht nicht eher dem Propagandaapparat der Kommunistischen Partei
entspringt. Der Verdacht kommt nicht von ungefähr, wenn man bedenkt, dass China schon zu Beginn die Krankheitsfälle verheimlicht hat und es Journalist_Innen in China immer noch schwer haben über die Situation zu
berichten. Unabhängige Journalist_Innen waren in den letzten Monaten aus der Krisenregion Wuhan ausgesperrt worden. Laut Reporter Ohne Grenzen verschwand sogar ein chinesischer Journalist spurlos, der in Wuhan recherchierte. Weitere Maßnahmen waren die Zensur der chinesischen Äquivalenten zu Youtube und WhatsApp,
indem Inhalte blockiert wurden, die den Virus betreffen. Das Interesse, es nun kleinzureden, läge darin, als erster wieder die Wirtschaft voll anlaufen zu lassen. Alle betroffenen Länder konkurrieren nämlich gerade darum, wer als erstes die Maßnahmen lockern kann und damit die freigewordenen Märkte und Profitmöglichkeiten für sich zu beanspruchen. Dass jetzt China als

erstes wieder zur Normalität zurückkehrt, ob legitimerweise oder nur durch Beschönigung der Situation, dürfte dazu führen, dass die chinesische Wirtschaft alle Möglichkeit hat, die Konkurrenz abzuhängen und damit auf der Gewinnerseite der kommenden Krise zu stehen.

Resultat: Verstärkte Abhängigkeit als Kollateralnutzen der Krise

In den letzten Jahren befand sich China auf dem Weg, ihren Einflussbereich zu vergrößern, nicht zuletzt mit Projekten wie der neuen Seidenstraße. Infrastrukturprogramme in Zentralasien, Verlagerung der Produktions- und Umweltkosten in afrikanische Länder und dem Einkaufen von chinesischen Investor_Innen in europäische Firmen dabei unter anderem strategisch nützliche wie der Hafen von Piräus oder Medienbetriebe. Vor allem in Zeiten der Zerstrittenheit der EU, die sich darin ausdrückt, dass sich in puncto Corona-Hilfen über ein lange Zeit jede_R der Nächste war, springt China ein. Warum hatte China es da so einfach? Man könnte meinen, bei einer Krise diesen Ausmaßes helfen in der „Werteunion EU“ die, die können, indem sie Ressourcen in Form von Masken, medizinischer Geräte o.ä. entbehren können. Weit gefehlt. Deutschland hat lange zugeschaut wie in Italien und Spanien die Menschen massenhaft sterben und jetzt kommt verspätet ein kleines Hilfspaket. Doch wir dürfen uns nicht davon und von den Worten Heiko Maas‘ täuschen lassen, dass es „gelebte EU-Solidarität“ sei, während der Corona-Krise „Hilfe ohne Folterwerkzeug, also ohne Troika und harte Sparauflagen“ zu leisten. Denn das bedeutet mit anderen Worten:„Die EU ist gerade zu instabil, um Südeuropa weiterhin dreist ausbluten zu lassen. Machen wir also jetzt erstmal langsam, damit wir sie nicht als Halbkolonien verlieren und das „Folterwerkzeug“ vielleicht zu einem anderen Anlass nochmal zum Einsatz kommen kann!“

Aber auch Chinas Hilfe und

Nichthilfe ist politisch motiviert. In den Ländern, in denen sie Hilfe leisten, wollen sie das Narrativ des „Anführers der kleinen Länder“ stärken, was daher kommt, dass sie weiterhin offiziell als Schwellenland gehandelt werden und das ironischerweise für den Ausbau ihrer Weltmachtstellung benutzen. So sollen sich die Hilfen in Europa, Afrika und Zentralasien doch auch irgendwann auszahlen. Hierbei sind besonders einige afrikanische Länder gefährdet, in Abhängigkeit zu fallen, da ohnehin schon der Einfluss Chinas immens ist. Noch deutlicher sieht man die politischen Hintergedanken in den Fällen, in denen China nicht hilft, allen voran den USA: Schon seit geraumer Zeit vor Corona gibt es gewaltige Spannungen zwischen den Weltmächten durch den Handelskrieg, Nordkorea und der allgemeinen Konkurrenz. Nun wird die USA zum neuen Zentrum der weltweiten Krise. Naiverweise könnte man meinen, dass dennoch die Leben der Menschen in den USA vor allem der besonders bedrohten Arbeiter_Innen und Minderheiten gerade mehr zählen als die Worte eines Präsidenten, der China die Schuld an der Pandemie gibt. Dennoch weigert sich Peking, fehlendes Material wie Schutzmasken in die USA zu schicken. Corona mutiert zum Mittel der Erpressung und wieder einmal zeigt sich, dass die wahre Pandemie der Kapitalismus ist.

Reaktionen auf chinesische Maßnahmen

Schaut man sich die Reaktionen in puncto chinesischer Coronamaßnahmen an, so finden sich auch hier die stets wiederholende Erklärungsmuster und gut verinnerlichte Reaktionen gegenüber China wieder. Von Rassist_Innen, die irrationale Ängste und gezielte politische Hetze auf asiatisch aussehende Menschen projizieren bis hin zu China-Verehrer_Innen. Schauen wir uns drei Reaktionen an.

Typ1: „Schaut wie effektiv der Sozialismus sein kann“

Man könnte ganz platt antworten:

Wenn das der Sozialismus ist, ist das nicht unser Sozialismus. Jedoch sollte man sich vor Augen führen was China ist: eine aufstrebende kapitalistische Macht mit imperialistischen Interessen, die ihren Ansatz gänzlich aufgegeben hat, auch wenn das Land immer noch von der KP regiert wird. Die wachsende Macht der Bourgeoise, das Halten von Halbkolonien, Diskriminierung von Arbeiter_Innen, Minderheiten, Frauen und die sonstige Liste der Dinge, die nicht mit dem Sozialismus vereinbar sind, ist lang.

Typ2: „Wie effektiv doch
Zentralisierung ist“

Ja, gerade in Deutschland zeigt sich
in Zeiten der Krise die Schwäche des bürgerlich-„liberalen“
Staates. Lange Abwägungen zwischen der Gefährdung der Bevölkerung und der Gefährdung der Wirtschaft und dadurch verspätete und halbherzige Entscheidungen, die
für die Arbeiter_Innenklasse nicht zufriedenstellend sein können.
Doch liegt der „zentralstaatsliebende Typ mit Hang zum Autoritarismus“ (denn nichts anderes steckt dahinter) falsch. Es sind eben nicht straffe bürgerliche Staaten mit starker Führung, die „uns“ aus der Krise navigieren, sondern höchstens die eigene Wirtschaft. Auch in China stecken hinter dem entschlossen wirkenden Handeln ständige Überlegungen, wie man die Wirtschaft möglichst schnell wieder zum laufen bringen kann und dabei ist es bloß Glück für uns, dass man dafür gewissermaßen auch Menschenleben retten muss. In einer
sozialistischen Gesellschaft hingegen, also jene mit dem höchsten Maß der Demokratie, wären die Voraussetzungen endlich gegeben, wirklich zielstrebig solche Gefahren einzudämmen, da es
keinen Druck gibt, weiter Profiten hinterherzujagen, wodurch zum Beispiel alle nicht-lebenswichtigen Arbeiten tatsächlich eingestellt werden könnten. Außerdem kann die Produktion nach Bedarf umgestellt werden. Und das ganz ohne autoritären Zentralstaat, sondern unter der Kontrolle der Arbeiter_Innenklasse.

Typ3: „Ja ok, aber ich will meine Freiheit trotzdem nicht einschränken lassen“

Manchmal müssen für außergewöhnliche Situationen außergewöhnliche Maßnahmen her und dazu gehören auch solche wie jetzt. So könnte es sein, dass einige der Einschränkungen tatsächlich sinnvoll sind. Doch an welchem Punkt der „freiheitsliebende Typ“ sehr wohl Recht hat, ist, ob wir uns „einschränken“ oder uns „einschränken lassen“. Mit anderen Worten: Die Frage sollte nicht sein, inwiefern es Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte zur Bekämpfung einer Krise in diesem Ausmaß gibt, sondern wer diese, aber auch die Rückkehr zur Normalität kontrolliert und organisiert. Wir haben gesehen, dass es die Regierungen und Kapitalist_Innen der freien Wirtschaft nicht stört, Arbeiter_Innen in nicht-lebenswichtigen Fabriken weiterarbeiten zu lassen wie in Spanien oder selbst dem beschränkten bürgerlichen Staat weitere Freiheitsrechte zu entnehmen wie in Ungarn. Doch wäre es falsch, zu sagen, dass es hier allein um bürgerliche Freiheitsrechte der_des Einzelnen geht, hier geht es um die Systemfrage. Im Kapitalismus ist Freiheit nur ein Trugbild, das auch nur wenige zu Gesicht bekommen.

Stoppt das imperialistische Taktieren – Gesundheit ist keine Druckmittel!

Auch wenn Corona als Virus ungreifbar erscheint, darf man trotzdem bei Corona als Krise weder ihre Wurzeln, die im Kapitalismus selbst liegen, noch ihre Auswirkung auf die Neuaufteilung der Welt, die ebenfalls systembedingt ist, verkennen. China macht sich die finanzielle Schwäche von Ländern zu Nutze, nachdem sie jahrelang große Investitionen vor allem auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent, aber auch in Europa getätigt haben. Unsere Antwort als Sozialist_Innen muss daher sein: Bedingungslose Hilfe über nationale Grenzen hinaus statt zu Nutze machen der Krise für Profitinteressen. Die Krise ist global und trifft vor allem die Arbeiter_Innenklasse hart. Wir fordern daher,

Kurzarbeit, sprich Kürzungen der Bezüge und Entlassungen, zu stoppen. Für eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich – lasst die Kapitalist_Innen zahlen!

Doch in einem System, dass auf internationale Konkurrenz und somit Ausnutzen von Vorteilen basiert, ist das illusorisch. Die Pandemie namens Kapitalismus bleibt. Derzeit sehen wir auf wessen Händen die Gesellschaft tatsächlich steht, wenn im Krankenhaus oder im Einzelhandel Menschen für das Überleben schuften und es dennoch weiterhin Firmen gibt, die die Arbeiter_Innen weiter in der Fabrik arbeiten lassen, weil sie nicht auf ihre Profite verzichten wollen. So kam es in vielen Ländern zu spontanen Streiks wie im März in einem norditalienischen Werk von Fiat-Chrysler. Genau diese Kräfte müssen wir bündeln. Eine Arbeiter_Innenkontrolle muss her, die nach Bedarf und nicht nach Profit produziert – in der jetzigen Situation heißt das bspw. Produktion von Desinfektionsmitteln statt Parfüm, Beatmungsmaschinen statt Autos und die Verstaatlichung des Gesundheitssystems unter Kontrolle der Arbeiter_Innenklasse als notwendige Maßnahme!

Jugend und Corona – Keine Risikogruppe aber trotzdem am Arsch!

Paul Meyer

Bei der Corona-Krise wird häufig über Risikogruppen und die Gefährdung dieser geredet. Wir, die Jugend, werden in den Nachrichten häufig

als die dargestellt, die die Corona-Parties feiern und das Virus verbreiten. Es wird dabei leider außer Acht gelassen, dass auch wir unter dieser Krise zu leiden haben. Wir haben häufig keine Folgen durch das Virus an sich, aber sehr wohl aus der daraus folgenden Quarantäne. Vor allem durch die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, die uns quasi zu Hause einsperren. Diese treffen aber besonders ärmere Menschen, die es sich nicht leisten können, ein Netflix- oder Spotify-Abo zu haben und kein Rückzugsort besteht, in dem sie ihre Schulaufgaben in Ruhe machen und sich entspannen können. Dieses Fehlen des Rückzugsortes beinhaltet häufig auch das Fehlen eines eigenen PCs oder der Hilfe der Eltern. Wenn die Schule wieder anfängt, ist das ein großer Nachteil, weil die anderen Schüler_Innen viel weiter im Lernstoff sind, als die ohne Endgerät und Ruhe. Wir können auch nicht mehr unsere Rückzugsorte besuchen, wie zum Beispiel Jugendclubs, in welchen wir Raum für Selbstbestimmung haben, eigene Erfahrungen sammeln und aus den Augen unserer Eltern sind. Zu Hause müssen wir dann häufig Hausarbeit übernehmen, also einkaufen gehen, putzen, kochen und Care-Arbeit, also uns z.B. um Verwandte kümmern, die krank sind. Der Anstieg an häuslicher Gewalt trifft nicht nur Frauen, sondern auch Kinder. Das kommt unter anderem daher, dass wir unseren Familienmitgliedern nicht mehr aus dem Weg gehen können. Diese sind vielleicht frustriert, weil sie ihren Job verloren haben durch die Krise oder durch Kurzarbeit nur noch 60% ihres Gehaltes bekommen. Die Kinder der Gewaltopfer können sich dann auch häufig nicht bei einer Stelle melden, die dafür zuständig ist, weil sie unter dauerhafter Kontrolle ihrer Eltern stehen. Es fallen nicht nur Jugendclubs weg, wo wir uns mit unseren Freund_Innen treffen, sondern auch der Ort, wo wir sie tagtäglich sehen würden, die Schule. Es gibt aber auch einige unter uns, die schon arbeiten oder eine Ausbildung machen. Dort sind wir die ersten, die entlassen werden, weil wir häufig nur Zeit- oder Honorarverträge, nur als Minijob angestellt sind, oder gar keinen offiziellen Arbeitsvertrag haben. Das macht es den Arbeitgeber_Innen leichter, uns zu kündigen. In anderen Fällen, zum Beispiel im Supermarkt, Essenslieferanten, Landwirtschaft, sind wir

die, die noch zur Arbeit geschickt werden, weil wir zu jenen gehören, die nicht in der Risikogruppe sind. Höhere Löhne will uns unser_E Chef_In trotzdem nicht zahlen. Wir sind aber essentiell wichtig zum Fortbestand vieler Firmen. Die AfD-Bundestagsfraktion schlägt vor, dass Schüler_Innen zur Zwangsarbeit in die Landwirtschaft geschickt werden, um „dem Vaterland unter die Arme zu greifen“ und „Disziplin zu lernen“. Die AfD benutzt hier Rhetorik, die an den Faschismus erinnert.

Warum ist das alles so? Der Grund liegt im Kapitalismus, also der Form unserer Gesellschaft und des Wirtschaftens. Dieser ist darum aufgebaut, den Besitz einiger weniger krass zu vergrößern, die restliche Gesellschaft von diesem Reichtum fernzuhalten und trotzdem alles stabil laufen zu lassen, indem zum Beispiel gesagt wird, dass einem Sachen nur zustehen, wenn man sie sich „verdient“ hat und nicht bloß, weil man sie braucht oder es gerecht wäre. So werden einige der verschiedenen Unterdrückungsformen erklärt, die der Kapitalismus braucht, um zu funktionieren. Auch wir Jugendlichen werden unterdrückt, da uns nicht zugestanden wird, selbstbestimmt zu sein. So haben wir weder das Recht, frei über unseren eigenen Körper zu entscheiden noch das Recht auf Eigentum, da jeder Besitz, der eigentlich uns gehören müsste, im Zweifelsfall gesetzlich noch unseren Eltern gehört und wir von ihnen abhängig sind, weil wir eigenes Geld und darauf folgenden Möglichkeiten noch nicht „verdient“ haben. Falls wir schon arbeiten, werden wir deutlich schlechter bezahlt, weil wir es vor oder während der Ausbildung noch nicht „verdient“ haben, genauso viel (oder eher wenig) wie die anderen Arbeiter_Innen zu verdienen. Und Menschen wählen, die unsere Interessen vertreten, dürfen wir auch erst viel zu spät, weil wir es uns vorher noch nicht „verdient“ haben, mitzusprechen. Die Bevormundung und Prekarisierung wird uns immer wieder eingehämmert, sodass sich viele von uns schon damit abgegeben haben und keinen Widerstand leisten wollen. Wir aber schon! Wir bestehen trotzdem auf unsere Rechte und Freiheiten und fordern deshalb:

- Für
  das Recht statt bei der Familie in selbstorganisierten Jugendzentren in Quarantäne zu gehen. Natürlich müssen auch hier Betreuung und alle nötigen Infektionsschutzmaßnahmen gewährleistet werden.
- Für
  den Ausbau von Schutzhäusern für Betroffene von häuslicher Gewalt!
- Abschaffung
  aller Lizenzen für Streamingplattformen und Musik! Kultur darf kein Privileg der Reichen sein!
- Lernmittel,
  wie Softwarepakete oder auch technische Grundausstattung wie Computer und Drucker müssen allen Schüler_Innen kostenlos zur Verfügung gestellt werden! Keine Benotung von E-Learning-Aufgaben!
- Für
  die gleichwertig bezahlte Freistellung von nicht lebensnotwendigen Berufen und eine Garantie der Übernahme, wenn es medizinisch wieder
  zu verantworten ist, arbeiten zu gehen!
- Für
  ein bedingungsloses Mindesteinkommen für Jugendliche, das uns ein unabhängigeres Leben ermöglicht. Bezahlt durch die höhere Besteuerung der Reichen!